RECHTSPRECHUNG

<https://doi.org/10.1007/s00350-020-5672-2>

Substantiierungslast im Regressprozess gegen den medizinischen Sachverständigen

BGB § 839a

Die im Interesse des klageführenden Patienten anerkannte Herabsetzung der Substantiierungslast im Arzthaftungsprozess kann nicht auf den Regressprozess gegen den medizinischen Sachverständigen nach § 839a BGB übertragen werden. Der Regresskläger ist hier – ebenso wie bei der Klage gegen andere Sachverständige – gehalten, schlüssig darzulegen, dass der Bekl. mindestens grob fahrlässig ein unrichtiges gerichtliches Gutachten erstattet hat.

BGH, Beschl. v. 30. 1. 2020 – III ZR 91/19 (OLG Karlsruhe)

Problemstellung: Behauptet die Partei eines Arzthaftungsprozesses, das von dem eingesetzten gerichtlichen Sachverständigen erstellte medizinische Gutachten sei unrichtig und nimmt er nach Prozessverlust den Sachverständigen gemäß § 839a BGB in einem Folgeprozess in Regress, steht er häufig vor dem Problem, sowohl die Unrichtigkeit des Gutachtens als auch die zumindest grobe Fahrlässigkeit des Sachverständigen darlegen und beweisen zu müssen. In die genauen Umstände der Gutachtenerstellung hat die Partei aber regelmäßig keinen Einblick. Sie trägt gleichwohl die Beweislast und folglich die primäre Darlegungslast für die Haftungsvoraussetzungen des § 839a Abs. 1 BGB. Die Kernfrage der Entscheidung des BGH war es, ob die Anforderungen an die Substantiierung der mithin vom Geschädigten verlangten Darlegung spiegelbildlich zu den Regeln des Arzthaftungsprozesses abgesenkt werden können. Diese Frage hat der BGH verneint.

Christoph Thole

Aus den Gründen: [1] Die Nichtzulassungsbeschwerde ist unbegründet, weil weder die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Revisionsgerichts erfordert (§ 543 Abs. 2 S. 1 ZPO).

[2] Die im Interesse des klageführenden Patienten anerkannte Herabsetzung der Substantiierungslast im Arzthaftungsprozess kann nicht auf den Regressprozess gegen den medizinischen Sachverständigen nach § 839a BGB übertragen werden. Dies entspricht, soweit ersichtlich, der einheitlichen Auffassung in Rechtsprechung und Schrifttum (s. OLG Hamm, VersR 2010, 222, 223 und Beschl. v. 22. 10. 2013 – 9 U 235/12 –, BeckRS 2014, 230 [unter II]; OLG Koblenz, Urt. v. 6. 9. 2012 – 1 U 393/11 –, BeckRS 2014, 5953 [unter II A]; OLG Frankfurt am Main, Beschl. v. 27. 4. 2018 – 14 W 3/18 –, juris, RdNr. 46 ff.; Wagner, in: MüKo/BGB, 7. Aufl., § 839a, RdNr. 42; Reinert, in: BeckOK, BGB § 839a, RdNr. 20 [Stand: 1. 11. 2019]; Zimmerling, in: jurisPK-BGB, 8. Aufl., § 839a, RdNr. 31 [Stand: 5. 2. 2018]). Für derartige Erleichterungen besteht bei der Verfolgung eines Anspruchs aus § 839a BGB weder Bedarf noch Raum. Der Regresskläger ist auf jedem Sachgebiet dem von ihm in Anspruch genommenen Sachver-

ständigen typischerweise in fachlicher Hinsicht unterlegen. Insofern gibt es bei der Inanspruchnahme eines medizinischen Sachverständigen keine Besonderheit. Auch hier ist der Regresskläger – ebenso wie bei der Klage gegen andere Sachverständige – gehalten, schlüssig darzulegen, dass der Bekl. mindestens grob fahrlässig ein unrichtiges gerichtliches Gutachten erstattet hat.

[3] Letzteres hat der Kl. nach rechtsfehlerfreier Würdigung des Berufungsgerichts hier indessen nicht vermocht. Der Anspruch auf Gewährung rechtlichen Gehörs des Kl. (Art. 103 Abs. 1 GG) ist nicht verletzt worden. [...]

Anmerkung zu BGH, Beschl. v. 30. 1. 2020, III ZR 91/19 (OLG Karlsruhe)

Christoph Thole

Die Substantiierungslast betrifft das Maß und die Detailliertheit des von der Partei geforderten Vortrags. Im Arzthaftungsprozess gilt der Grundsatz, dass an die Substantiierung des Parteivortrags des Patienten nur „maßvolle Anforderungen“ zu stellen sind (BGH, MedR 2004, 162; BGH, MedR 2005, 37). Entschieden hatte die Rechtsprechung insoweit, sei schon dann der Parteivortrag zu fachspezifischen, insbesondere medizinischen Fragen nicht unsubstantiiert, falls er nicht durch ein beigefügtes Privatgutachten untermauert wird. Wenn eine Partei nur geringe Sachkunde hat, darf sie sich auf den Vortrag von zunächst nur vermuteten Tatsachen beschränken. Das gilt insbesondere hinsichtlich medizinischer Fragen (BGH, VersR 2004, 83). Die Partei muss also kein medizinisches Fachwissen erwerben und vortragen.

Das maßgebliche Argument des BGH ist es, der Regresskläger bei § 839a BGB sei stets und gleichsam kraft Natur der Sache dem beklagten Sachverständigen fachlich unterlegen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen medizinischen oder einem Sachverständigen auf einem anderen Fachgebiet handelt. Daher scheide die Übertragung der genannten Grundsätze auf § 839a BGB aus (näher zu der Entscheidung und zur prozessualen Einordnung Katzenmeier, NJW 2020, i. E.). Das Argument ist insofern schwach, als die Substantiierungslast im Prozess generell an die Zumutbarkeit für die Parteien anknüpft, so dass schon in den Ausgangsentscheidungen zum Arzthaftungsprozess keine zwingend auf medizinische Kontexte beschränkte Aussage zu sehen ist. Auch in anderen technischen oder fachlichen Zusammenhängen können ggf. und einzelfallabhängig an den Parteivortrag nur maßvolle Anforderungen gestellt werden und nicht in jedem Fall die Einholung eines Privatgutachtens verlangt werden, um einem gerichtlichen Sachverständigengutachten entgegenzutreten. Insofern darf der Beschluss des BGH auch nicht als Freifahrtschein für eine in der Instanzgerichtsbarkeit verbreitete Praxis verstanden werden, Haftungsklagen unter eher pauschalem Hinweis auf fehlende Substantiierung abzuweisen; die Anforderungen an die Substantiierung sind einzelfallbezogen und auch in Abhängigkeit vom Vortrag des Gegners auszuloten.